



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

P/VII/135 - 16.6.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

S. 6: Füllung 24 P.

Nahziele im Vordergrund	S. 1
Senator Taft und die Deutsch-Amerikaner	S. 3
Bayern-Regierung hat wieder freien Kurs	S. 5
Für jeden drei Mark ...	S. 7

Anhang: Kommuniqué über die gemeinsame Sitzung
des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und
der Kontrollkommission vom 14. und 15. Juni 1952

Militante Demokratie

Zu den Vorbereitungen des sozialdemokratischen Aktionsprogramms
Von Willi Eichler, MdB

Wenn die Sozialdemokratische Partei sich zu der Ausarbeitung eines Aktionsprogrammes entschließt, so handelt es sich dabei nicht um einige wenige Forderungen für eine einmalige "Aktion". Es geht hier nicht um die Entwicklung von Grundsätzen und Visionen über die Gestaltung eines sozialistischen Fernzieles; es sollen Aufgaben gezeigt werden, die insgesamt Gegenstand der Parteiaktivität der nächsten Jahre sein sollen und die jedem klarmachen können, was von der Sozialdemokratischen Partei zu erwarten ist, wenn sie einmal in Deutschland die Politik zu bestimmen hat.

Das Aktionsprogramm ist aus der Gesamtkonzeption des Sozialismus heraus entwickelt, wie sie auch in der Erklärung der Sozialistischen Internationale vom Juni vorigen Jahres in Frankfurt a.M. dargestellt wurde. Die Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit und der Solidarität innerhalb der Völker und zwischen den Völkern sollen hier, soweit es deutsche Politik angeht, durchgesetzt werden, und zwar im Zeitraum der unmittelbaren Zukunft.

Das Programm, das dem Parteitag in Dortmund zur Beschlussfassung vorliegen wird, umfaßt das Gesamtgebiet politischer

Nahziele. Seine Forderungen erstrecken sich in der Wirtschaft auf eine Politik der Vollbeschäftigung, der Investitionslenkung und der Sozialisierung der dazu reifen Industrien. Eine umfassende Steuerreform soll eine Vereinfachung des Steuersystems und der Verwaltung mit sich bringen, sowie eine gerechtere Verlagerung der Steuerlasten auf alle Schultern und entsprechend der Belastungsfähigkeit des Einzelnen.

Die Sozialpolitik bedarf grundlegender Änderungen und vor allem einer Vereinfachung und durchsichtigen Verwaltung und einer Stärkung der Selbstverwaltung. Sie wird eine Erhöhung der Leistungen möglich machen.

Auch in der Kommunalpolitik bedarf es der Stärkung der Selbstverwaltung, um der zunehmenden Entwicklung autoritärer Züge in der Bundesrepublik entgegen zu arbeiten. Der Föderalismus darf nicht zu einer Erschwerung der Aufgaben des Bundes führen, was sich insbesondere beim Fehlen einer Bundesfinanzverwaltung klar gezeigt hat. Der Mittelstand, insbesondere das Handwerk und die Landwirtschaft, stehen vor Problemen, deren Lösung die SPD besondere Sorgfalt widmet. Selbstverständlich sind die Aufgaben, die sich aus der Vertreibung der Millionen aus dem Osten, aus den Evakuierungsmaßnahmen des Krieges und für die Ausgebombten ergeben.

Ein umfassendes Programm für die Jugend wird vorbereitet, das ihr nicht nur Hilfe und Fürsorge anbietet, sondern ihr eine wirkliche Chance für ein gesundes Vorwärtkommen gibt, ohne die sie der Demokratie immer mindestens gleichgültig gegenüberstehen wird. Den weiblichen Staatsbürgern muß die durch das Grundgesetz ihnen zugestandene Gleichheit gesichert werden. Die sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik schafft die Grundlage, den Frauen ihre vielfältigen Aufgaben in der Familie und im Berufsleben zu erleichtern.

Kulturpolitische und außenpolitische Forderungen und Ziele runden das Aktionsprogramm ab.

Wenn man den durchgängigen Grundsatz all' dieser Forderungen bezeichnen soll, dann kann man sagen, daß sie alle dazu beitragen sollen, aus Deutschland eine echte Demokratie zu formen, in der soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung für alle im staatlichen und wirtschaftlichen Leben garantiert werden soll. Das Programm zeigt gerade in der politischen Anerkennung dieses Grundsatzes, wie wenig es eine bloß parteitaktisch begründete Interessenangelegenheit ist. Es zeigt, daß der Sozialismus seit langen nicht mehr nur die Lösung der "Arbeiterfrage" anzubieten hat, sondern eine Aufgabe für das gesamte Volk und die gesamte Menschheit geworden ist.

Die Diskussionen um das Aktionsprogramm haben bereits gezeigt, daß das Interesse daran außerordentlich groß ist. Was aber besonders auffällig, wenn auch nicht überraschend ist: Auch die SPD selber wird durch diese Diskussionen in einen Prozeß geistiger Selbstverständigung und Verständigung mit politisch Andersdenkenden gebracht, der der Stärkung der inneren und äußeren Kampfkraft und der Werbung für ihre Ideen dienen wird.

Deutschlands Rolle im amerikanischen Präsidentenwahlkampf

H.St. - New York, im Juni

Der republikanische Präsidentschaftsanwärter Senator Robert Taft hat dem Washingtoner Korrespondenten der Deutschen Presse-Agentur ein für die westdeutsche Öffentlichkeit bestimmtes Interview gegeben, in dem er seine Freundschaft für Deutschland unterstrich und erklärte, er sei ein Gegner der Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse, der Beschlüsse von Jalta und Potsdam über die Zonen-Aufteilung Deutschlands, des Morgenthauplanes und aller anderen alliierten Maßnahmen gegen Deutschland gewesen, die das deutsche Schicksal in den ersten Nachkriegsjahren so schwer belastet haben. Der Senator fügte hinzu, daß er, sollte er der nächste amerikanische Präsident sein, niemals das Schicksal des deutschen Volkes aus den Augen verlieren und sich stets für seine berechtigten Lebensinteressen einsetzen werde.

Diese Erklärung des Senators hat auch in den USA beachtliches Aufsehen erregt, namentlich in Kreisen der amerikanischen Bürger deutscher Abstammung. Zweifellos hat Taft seine Erklärung ehrlich gemeint und sein erfreuliches Sympathiebekenntnis zum deutschen Volk soll in keiner Weise geschmälert werden; trotzdem wird man kaum fehlgehen in der Annahme (die auch in der amerikanischen Presse geäußert wurde), daß der Senator, der ja ein überaus routinierter Politiker und Parteimann ist, sich damit das Wohlwollen und die Stimmen der deutsch-amerikanischen Wähler hatte sichern wollen, die in manchen Regionen der USA durch ihre Zahl recht einflußreich sind.

In Amerika geht die Debatte im Volk zwischen den Internationalisten und den Isolationisten hauptsächlich darum, ob Amerika sich zur Verteidigung und Sicherung Westeuropas bereit halten solle oder nicht, und ob und wieviel Geld Amerika für die wirtschaftliche Gesundung, soziale Festigung und militärische Sicherung Westeuropas ausgeben wolle. An diesen beiden Fragen scheiden sich die Geister - und es muß klar ausgesprochen werden, daß Taft in dieser großen Debatte seit Jahr und Tag eisern der Wortführer der "Sparer", der "Zuerst-Amerika"-Leute, der Widerstrebenden und immer Nein-sagenden

isolationistischen oder halb-isolationistischen Fraktion ist. Der demokratische Staatsmann Averell Harriman zum Beispiel, der gute Aussichten hat, als Sprecher des fortschrittlich eingestellten Flügels der Demokratischen Partei deren Bannerträger im Wahlkampf zu werden, hätte sehr viel mehr Grund als Taft, sich seiner Sympathien für Deutschland zu rühmen: Denn er hat als einer der Leiter der Marshallplan-Verwaltung praktisch geholfen, Deutschland wieder auf die Beine zu bringen - und der Währungsschnitt und die Luftbrücke nach Berlin waren zum großen Teil sein Werk.

Es ist Tafts gutes Recht, sich um die Wählerstimmen der Deutsch-Amerikaner zu bewerben. Aber während es früher einmal als feststehend galt, daß die Deutsch-Amerikaner, die ja zum sehr großen Teil im Mittel-Westen leben, zumeist republikanisch wählten, ist das schon seit geraumer Zeit nicht mehr so: Präsident Roosevelt hat sich immer auf einen großen Teil des Deutsch-Amerikanertums stützen können. Der Staat Wisconsin, dessen größte Stadt, Milwaukee, geradezu als Hochburg der Deutsch-Amerikaner gilt, steht vor einem Wahlkampf, in dem diese Frage im Mittelpunkt steht: Der bekannte republikanische Senator MacCarthy, der durch seine hemmungslosen Angriffe gegen Staatssekretär Acheson berühmt geworden ist und sich selber zur "äußersten Rechten" Amerikas rechnet, ist Senator von Wisconsin, und da sein Amtstermin abgelaufen ist, steht er im November vor einem Wahlkampf. Sein Gegner wird, als Kandidat der Demokraten, Henry Reuß, ein Rechtsanwalt aus Milwaukee, sein, Deutsch-Amerikaner, Enkel deutscher 1848-Einwanderer und selber noch deutsch sprechend.

Hier haben wir das Gegenbeispiel gegen Tafts Bemühungen, die Deutsch-Amerikaner in sein Lager zu bringen: MacCarthy, der irischer Herkunft ist, bemüht sich um die Gunst der deutsch-amerikanischen Wähler von Wisconsin, aber es ist recht wahrscheinlich, daß diese sich für Reuß, der einer der ihrigen und im übrigen ein ausgezeichnete fortschrittlicher Mann, Freund der Gewerkschaften und Anhänger des Rooseveltischen "New Deal" ist, entscheiden werden - und gegen MacCarthy. Taft unterstützt MacCarthy bei seinem Kampf um Erneuerung seines Senatsmandates, und MacCarthy unterstützt Taft in seinen Bemühungen um die Präsidentschaft; aber offensichtlich werden beide Männer nicht unbedingt darauf rechnen dürfen, alle deutsch-amerikanischen Wähler hundertprozentig auf ihrer Seite zu haben.

Weiß-blaues Staatsschiff wieder in ruhigerem Wasser

MR - München

Das bayrische Staatsschiff treibt wieder ruhigeren Gewässern zu, nachdem es einige Wochen von dem Auerbach-Sturm geschüttelt wurde. Dr. Josef Müller, seit 1947 bayrischer Justizminister, wurde ausbootet, weil er sich auf seine Elefantenhaut mehr verlassen hat als auf seine politischen Fähigkeiten. Er strauchelte nicht zuletzt darüber, daß er sich in eine Auseinandersetzung einließ, die ihren Ursprung in rein jüdischen Differenzen zweier Gruppen hatte. Am Ende aber war es nicht die Tatsache, daß Dr. Müller Geld von Dr. Ohrenstein, dem Exponenten der einen jüdischen Gruppe genommen hat, sondern sein unmögliches Verhalten gegenüber dem Parlament und seinen Ministerkollegen, das ihm diese persönliche Niederlage bereitet hat.

Damit und mit der klaren Aussage von Ministerpräsident Dr. Ehard vor dem Gericht im Fall Auerbach dürfte dieser Prozeß seinen politischen Höhepunkt überschritten haben. So viel steht jetzt schon fest, obwohl die Beweisaufnahme noch nicht abgeschlossen ist: Der Fall Auerbach ist nicht zu einem zweiten Fall Sklarek geworden, wenn auch manche politischen Kreise dies zutiefst gewünscht haben und andere diese Möglichkeit befürchteten.

Durch die Ereignisse der letzten Wochen ist aber auch über einen weiteren Vorgang Klarheit geschaffen worden. Es wurde viel gemunkelt, daß Dr. Müller nach seiner Ausbootung als Minister auch der CSU den Rücken kehren könne und sich einer neuen politischen Gruppe anschließe. Dr. Müller hat es nicht getan, sondern sich vielmehr wieder zum Bezirksvorsitzenden der CSU in München wählen lassen. Damit hat er sich die Plattform innerhalb der CSU erhalten, um die Auseinandersetzung mit seinem alten Gegner Dr. Hundhammer auf der Parteiebene fortzuführen. Dr. Hundhammer, der diese Dinge, die man inner- und auch außerhalb Bayerns als bayrischen Dschungelkampf bezeichnet hat, inszenierte, muß auch weiterhin mit Dr. Müller rechnen. Wichtig für die SPD ist, daß nunmehr die Auseinandersetzung nicht mehr auf Regierungsebene, sondern wieder auf die Parteiebene der CSU zurückgeführt ist.

Dr. Hundhammer hat in der Öffentlichkeit mehrfach betont, daß sein Kampf dem Justizminister galt, der sein Ressort allzu sehr politisierte und damit die Justiz in Bayern in Verruf gebracht habe. Wenn man aber seine privaten Äußerungen mit in Rechnung zieht, so dürfte feststehen, daß er den Ministerpräsidenten Dr. Ehard und die Koalition in Bayern gemeint hat. Trotz zahlreicher Beteuerungen seinerseits wird es ihm darum nicht nur schwer fallen, die SPD zu überzeugen, sondern auch seinen Parteifreund Dr. Ehard. Wenn es Dr. Hundhammer auch gelungen ist, sein ramponiertes Ansehen in der CSU durch die Ungeschicklichkeiten Dr. Müllers einigermaßen wieder zu festigen, so wird doch ein beträchtliches Mißtrauen gegen ihn in den eigenen Reihen übrig bleiben. Die Regierung aber wird mit größerer Zielstrebigkeit an die Lösung der schwebenden Probleme herangehen müssen, um verlorenes Terrain wieder aufzuholen.

+ + +

Die Lotung der Demokratie

(sp) Ein staatswissenschaftliches Seminar an der Universität Oslo begann im Jahre 1949 eine interessante Untersuchung, die heute noch nicht abgeschlossen ist und die vom Allgemeinwissenschaftlichen Forschungsrat Norwegens finanziert wird. Man entwarf ein Fragenformular, das mit Hilfe studentischer Vertrauensleute an die Vorsitzenden und an andere Funktionäre der lokalen und bezirklichen Gliederungen aller norwegischen Parteien geschickt wurde. Der Gegenstand der Untersuchung ist die Nominierung von Abgeordneten.

Untersucht wird zunächst die formelle Seite des Nominierungsvorganges; dann folgt die Erfassung der Gesichtspunkte, die Wähler und Parteifunktionäre zur Nominierung veranlassen. So werden beispielsweise die Mitglieder von Det Norske Arbeidarepartiet (Sozialdemokratische Partei Norwegens) gefragt: Welche politische und allgemeins menschliche Eigenschaften muß ein Abgeordneter im Storting haben? Die Auswahl der zu Befragenden ist so getroffen, daß man die verschiedenen Auffassungen, Interessen und Strömungen in der politischen Arbeiterbewegung zu erfassen hofft, und darum sollen die Fragen nicht aus der Stellung als Funktionär, sondern aus der persönlichen Meinung heraus beantwortet werden.

Die Ergebnisse der Befragung werden früher oder später in der einen oder anderen Doktorarbeit erscheinen; vielleicht können sie dazu dienen, die organisatorische Erstarrung moderner Parteien aufzulockern.

+ + +

Für jeden drei Mark ...

-ler. Damit kann niemand viel anfangen. Vor allem nicht die Flüchtlinge, die jetzt zu Tausenden vor dem sowjetischen Terror über die Zonengrenze in die Bundesrepublik geflüchtet sind. Bundesvertriebenenminister Lukaschek, der dieser Tage eine der Stätten des Elends und der Verzweiflung besuchte, hat einen Betrag von 10000 M als vorläufige Hilfeleistung zugesagt. Legt man nur die offiziellen Schätzungen von 3000 Geflüchteten zugrunde - die Zahl liegt in Wirklichkeit viel, viel höher, - kommen auf jeden dieser Unglücklichen genau drei Mark und dreiunddreißig Pfennige. Das reicht gerade für einige Butterbrote ...

So viel hat die Bundesregierung für die Opfer des Stalinschen Terrors bisher übrig. Wieder, wie schon bei früheren Notständen, ließ sie die Ereignisse auf sich zukommen, statt durch vorsorgende Maßnahmen die zu erwartenden Auswirkungen für die unschuldig Betroffenen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Flüchtlingslager erhielten keinerlei Anweisungen, es fehlte und fehlt an allen Ecken und Enden; viele der Neuvertriebenen wissen nicht einmal, ob sie das Asylrecht erhalten werden oder nicht. Zu den Schrecken der vergangenen Wochen kommt noch die bedrückende Ungewißheit vor der Zukunft.

In der kommenden Bundestagsdebatte am Mittwoch wird die Bundesregierung für diese schwerwiegenden Versäumnisse, die nahezu an einen Skandal heranreichen, Rede und Antwort stehen müssen. Wieder blieb es allein der Opposition vorbehalten, die Regierung an ihre nationalen Pflichten zu erinnern. Was hier zählt, ist sofortige und praktische Hilfe. Der Wille zur Verteidigung, von dem in diesen Tagen so viel die Rede ist, sollte sich, müßte man meinen, in erster Linie in der umfassendsten Fürsorge für die von Haus und Hof vertriebenen Opfer verschärfter Spannungen zwischen West und Ost bekunden. Die Bundesregierung wird Gelegenheit haben, noch zu beweisen, daß es ihr damit ebenso ernst ist, wie mit der Elbe, in der sie die Ratifizierung der Vertragswerke betreibt.

K o m m u n i q u é
über die gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes,
des Parteyausschusses und der Kontrollkommission
vom 14. und 15. Juni 1952

Am letzten Tage der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes, des Parteyausschusses und der Kontrollkommission berichtete Willi Eichler über die Grundzüge des kommenden Aktionsprogramms der SPD, das am Parteitag in Dortmund beschlossen werden soll.

Grundzüge des Aktionsprogramms werden u.a. die Forderung nach Vollbeschäftigung, Investitionslenkung, Sozialisierung der Grundindustrien, grundlegende und den sozialen Bedürfnissen der breiten Massen unseres Volkes entsprechende Reformen auf dem Gebiete der Steuer- und Sozialpolitik, verstärkter Wohnungsbau und die Neugestaltung des Sozial- und Arbeitsrechtes sein.

Ein besonderes Kapitel wird die sozialdemokratischen Forderungen und Vorstellungen auf dem Gebiete der Kulturpolitik unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaus des Volksschulwesens und der Beibehaltung oder Wiedererrichtung der Gemeinschaftsschulen enthalten. Weitere Programmpunkte werden die Eingliederung der Vertriebenen und Evakuierten in das wirtschaftliche und soziale Gefüge der Bundesrepublik sein, die Stellung der Beamten, Kriegsgefangenenhilfe, die Neugliederung des Bundesgebietes und die Stärkung der Selbstverwaltung.

Die mit der Ausarbeitung betraute Programmkommission hofft, ihre Arbeiten zum Abschluß zu bringen. Das Aktionsprogramm geht dann nach endgültiger Billigung durch Parteivorstand und Parteyausschuß den Untergliederungen der Partei als Diskussionsgrundlage zu.

Am Vortage wurden die vom Parteivorstand vorgelegten Entschliessungen einmütig angenommen. In der ersten Entschliessung wird aufs Neue die Notwendigkeit einer Viermächtekonferenz über die Durchführung freier Wahlen unter internationaler Kontrolle in allen vier Besatzungszonen betont. Es sei die Pflicht der Bundesregierung, sich für das Zustandekommen der Viererkonferenz einzusetzen und außerdem von den Westmächten zu verlangen, an den Verhandlungen über die Antwortnote an die Sowjetunion beteiligt zu sein.

In der zweiten Entschliessung wird aufs Schärfste gegen die neuen Terrormaßnahmen protestiert, die von den Machthabern der Sowjetzone gegen die Bevölkerung besonders der Zonengrenzgebiete, eingeleitet worden sind. Es sei die Aufgabe der Bundesrepublik, für die 18 Millionen Menschen der Sowjetzone die Stimme des Protestes zu erheben und den Opfern zu helfen.

Die dritte Entschliessung begrüßt die Initiative der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, für eine wirksame Unterstützung Berlins in seinem Kampf gegen die Abschürfsmaßnahmen durch die Gewalthaber der Sowjetzone.

Die nächste gemeinsame Sitzung von Parteivorstand, Parteyausschuß und Kontrollkommission findet am Sonnabend, den 19. Juli, in Bonn statt. In ihrem Mittelpunkt wird die Beratung des Aktionsprogrammes stehen.

+ + +